



Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland (AfD)

Die Jusos Schwerin machen folgende Leitsätze zur Grundlage ihres Umganges mit der Alternative für Deutschland (AfD):

- 1.) Eine Zusammenarbeit jeglicher Art mit der Alternative für Deutschland (AfD) wird kategorisch abgelehnt und ausgeschlossen.
- 2.) In den Wahlprogrammen der AfD und den Aussagen von AfD-Funktionären vermischen sich diskriminierende und menschenverachtende Aussagen mit vermeintlich konservativen und liberalen Positionen. Dies ist mit den Grundwerten der Jusos und der SPD nicht vereinbar.
- 3.) Wir müssen konsequent auf menschenverachtende und demokratiefeindliche Äußerungen hinweisen und im konsequenten Widerspruch dazu stehen. Banalisierung oder „Totschweigen“ sind keine adäquate Strategie im Umgang mit der AfD. Wir müssen aufklären sowie Forderungen und Parolen der AfD decodieren und die rassistischen und sozialdarwinistischen Implikationen deutlich machen.
- 4.) Wir müssen die Sorgen und Ängste der BürgerInnen, die sich von der AfD angesprochen fühlen, ernst nehmen, rechte Parolen dadurch aber nicht salonfähig machen, sondern neue Lösungen aufzeigen. Wir brauchen eine konsequente Abgrenzung zu rechtspopulistischen Forderungen.
- 5.) Wir dürfen die AfD nicht aufwerten. Die AfD lebt derzeit von ihrer Opferrolle, in der sie sich wie auch die NPD wohlfühlt. Sie vermittelt ihren WählerInnen, dass die etablierten Parteien sich nicht mehr für die einfachen Probleme interessieren, sondern lediglich eigenen Interessen nachgehen. Die AfD lässt dabei außen vor, dass Politik ein komplexes System ist, das auch unpopuläre Entscheidungen nach sich zieht. Widerlegen wir dieses einfache Bild der Politik. Die AfD muss dann selbst Farbe bekennen und durch ihre Parlamentszugehörigkeit am politischen Betrieb teilnehmen. Nehmen wir das als Chance sie inhaltlich zu demaskieren - für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland.

Begründung:

Die Alternative für Deutschland (AfD) erlebt seit der Bundestagswahl 2013 einen ungeahnten Aufstieg. Seit dem Einzug in das Europäische Parlament zu Beginn des Jahres hangelt sich die Partei von Erfolg zu Erfolg und konnte sich in den Landesparlamenten in Brandenburg, Sachsen und Thüringen teilweise an zweistelligen Ergebnissen berauschen. Auch auf kommunaler Ebene konnte die AfD vielerorts einen Erfolg nach dem anderen verbuchen. Dieser Trend macht sich auch auf Bundesebene bemerkbar und zeigt wiederum, dass es sich um einen ernstzunehmenden politischen Gegner handelt, der nicht einfach ignoriert werden kann. Vielmehr bedarf es einer klaren Auseinandersetzung mit ebenjenem.

In den Wahlprogrammen der AfD vermischen sich diskriminierende und menschenverachtende Aussagen mit vermeintlich konservativen und liberalen Positionen. Keine klare Trennung gibt es zwischen Parteiprogrammatik und - soweit man davon schon sprechen kann - Aussagen von SpitzenfunktionärInnen. Umso schwerer ist

eine eindeutige inhaltliche Auseinandersetzung. Klar ist jedoch, dass Ignoranz keine adäquate Strategie im Umgang mit der AfD sein kann. Gerade die SPD, die als Partei seit mehr als 150 Jahren für Werte wie Freiheit und Gleichheit kämpft, braucht für den Umgang mit dieser Partei einen klaren Weg.

Wurde die AfD anfangs vor allem durch ihren rigorosen wirtschaftspolitischen Kurs auf europäischer Ebene wahrgenommen, änderte sich dies vor allem dank der Besetzung weiterer Themen. Mittlerweile wird die Partei von anerkannten PolitikwissenschaftlerInnen im demokratischen Spektrum rechts der CDU verortet - Medien und Wissenschaft kategorisieren die Partei zudem als klar rechtspopulistisch.

Ohne Zweifel handelt es sich bei der AfD um eine Sammlung von Liberalen, ChristInnen, RechtspopulistInnen und Ewiggestrigen. Erste Parteiaustritte, die der AfD genau dieses zu Lasten legen, untermauern die Vorwürfe ebenso, wie die Äußerung des stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel, dass die AfD in der Tat in Teilen Rechtsaußen beheimatet ist. Analysten zufolge bestehe die AfD nicht nur aus ehemaligen Mitgliedern der Union, die sich unzufrieden gegenüber der Sozialdemokratisierung der Partei zeigen und ihr konservatives Werteverständnis verloren sehen; vielmehr scheint sie auch als Sammelbecken ehemaliger Mitglieder von Rechtsaußen-Parteien wie NPD, Republikaner oder der Pro-Parteien.

Hinzu kommt, dass die AfD trotz ihres scheinbar gemäßigt bürgerlichen Auftretens klar mit rechten Äußerungen in der Öffentlichkeit auffällt. Sei es bei der Bekämpfung linker Positionen - hier wird diffamierend gerne von Gutmenschen gesprochen -, einer offensichtlich reaktionären Meinung zu Homo-Ehe oder der Ablehnung der Abtreibungsmöglichkeit für Frauen. Des Weiteren zieht die Partei eine diskriminierende Linie zwischen guten und schlechten EinwanderInnen - von der Europa-Politik ganz zu schweigen.

Deutliche Unterschiede gab es zwischen den Wahlen zum deutschen Bundestag, dem europäischen Parlament und den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die AfD versuchte hier eine differenzierte WählerInnenklientel zu erreichen. Mit der Forderung nach Volksabstimmungen zum Bau von Moscheen, Debatten um vermeintlichen Asylmissbrauch oder AusländerInnenkriminalität wurden damit vor allem Themen angesprochen, die sonst von der NPD besetzt werden.

(beschlossen auf der ordentlichen Kreisvollversammlung der Jusos Schwerin am 19. Dezember 2014)